

FREIE BAUERN



„Von Brandenburg lernen heißt siegen lernen“ / Stell Dir vor, es ist Agrarwende und keiner geht hin ... / FREIE BAUERN mit neuen Kräften an der Spitze / Özdemir hat immer noch nicht verstanden, was Landwirtschaft ist / Bericht der Zukunftskommission gehört in die Versenkung / EU-Verbotsplanungen / Gegen den veganen Wahnsinn von Bundesregierung, VW-Konzern und großen Kirchen / Investitionsstopp: Agrarwende blockieren, bis das Kartenhaus zusammenfällt / Niederländische Regierung handelt verantwortungslos / Unsere Strategie gegen die Düngeverordnung / Grüne Minister erfinden Grundwasserprobleme / Front gegen Moorvernässung / Freispruch von Jann-Henning Dircks / Energiewende ist nicht gescheitert.

FREIE BAUERN Deutschland**Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe**

Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz

Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201

kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm

Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow

Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen

Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen

Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipflheim

Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier

Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar

Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:

Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de

Referentin für Fachthemen und Kommunikation:

Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de

Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:

Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg)

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow

Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsau

Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow

Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow

Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz

Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch

Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim

Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch

Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen

Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur

Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen

Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar

Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen

Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel

Landesreferentin: Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@freiebauern.de

Landesvertretung Baden-Württemberg

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier

Stellvertretender Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach

Weiteres Mitglied: Christine Knobloch-Hiller, 70597 Stuttgart OT Degerloch

Weiteres Mitglied: Andreas Schmid, 76187 Karlsruhe OT Maxau

Weiteres Mitglied: Anton Abele, 73497 Tannhausen

„Von Brandenburg lernen heißt siegen lernen“

Liebe Berufskollegen,

ok ich will Euch ein bisschen provozieren, aber nur, damit Ihr diesen Beitrag lest. Die FREIEN BAUERN sind aus dem Bauernbund Brandenburg entstanden und mit 480 von 1390 Mitgliedern liegt ein Schwerpunkt unserer Berufsorganisation auch heute noch in Brandenburg. Aber darum soll es hier gar nicht gehen. Vielmehr möchte ich an eine Erfahrung aus der Anfangszeit des Bauernbundes Brandenburg erinnern, die uns in der gegenwärtigen trostlos scheinenden Situation der Landwirtschaft vielleicht Mut machen kann – die auf jeden Fall hilfreich ist, wenn wir überlegen, wie wir mit dieser Situation umgehen.



Der Frust bei vielen Berufskollegen ist groß. Die Mobilisierung auf der Straße gelingt nicht mehr in dem Ausmaß, das notwendig wäre, um Druck zu erzeugen. Unsere berufspolitische Arbeit geht oftmals ins Leere, und auch wenn es professionell war, wie wir uns der Ampel genähert haben, müssen wir inzwischen ernüchtert feststellen, dass die Grünen selbst die wenigen Ziele nicht umsetzen, die wir bisher mit ihnen gemeinsam hatten. Ja man gewinnt fast den Eindruck, sie freuten sich inzwischen sogar über ein beschleunigtes Höfesterben, weil dadurch auch die angeblich klimaschädlichen Tierbestände sinken. Das Schlimmste aber ist, dass die anderen staatstragenden Parteien ihnen darin nicht nachstehen – wenn es zu Zusammenarbeit und minimalen Fortschritten kommt, dann immer nur aufgrund von Einzelpersonen, unabhängig vom Parteibuch. In einer Zeit, wo eine funktionierende Landwirtschaft geradezu überlebenswichtig wird, scheint sie von der Politik abgeschrieben.

Entsprechend schrille Videobotschaften geistern durch die WhatsApp-Gruppen, vielfach ist die Rede von Untergang, Zusammenbruch, massenhaften Betriebsaufgaben. Bei aller Betroffenheit von den Preissprüngen bei Dünger und Diesel glaube ich, dass wir im Vergleich zu anderen Branchen noch recht stabil dastehen. Vieles ist ungewiss, aber in allen Krisen der Vergangenheit war der eigene Hof immer eine Sicherheit. Wir sollten uns nicht leichtfertig in diese Krise hineinreden, sondern einen kühlen Kopf bewahren und Optimismus.

Jetzt versetzt Euch bitte alle mal zurück in das Jahr 1993, als der Bauernbund Brandenburg gegründet wurde. Wirtschaftlich war es damals äußerst schwierig, niedrige Erzeugerpreise resultierten aus einer weltweiten Überproduktion und der Umstellung der EU-Fördergelder von Preisstützung auf Direktzahlungen. Trotzdem haben mein Vater und ich damals unseren Hof neu eingerichtet. Wir wussten, was wir konnten und was wir wollten, und verließen uns auf die Einschätzung, dass landwirtschaftliche Produkte immer gebraucht würden. Politisch hatte der von kommunistischen Kadern dominierte Bauernverband in Brandenburg die Regierungspartei SPD ebenso fest im Griff wie die oppositionelle CDU und beherrschte über alte Seilschaften die Landwirtschaftsverwaltung: Während Großbetriebe jede erdenkliche Hilfe erhielten, wurden uns Privatbauern eher Steine in den Weg gelegt. Dass unsere bäuerlichen Familienbetriebe inzwischen trotzdem rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften, belegt unter diesen Bedingungen doch eindrucksvoll, wie überlegen eine gesunde bäuerliche Agrarstruktur gegenüber den Großbetrieben letztlich ist.

Und auch aus dem politisch so ausgegrenzten Bauernbund Brandenburg ist über die Jahre eine starke bäuerliche Berufsorganisation geworden. Mein Vorgänger Karsten Jennerjahn hat immer Wert darauf gelegt, dass wir uns nie lediglich als trockene Interessenvertretung verstanden haben, sondern zugleich als Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Dass wir mit der Stimme der Bauern durchdringen, können wir nicht versprechen, aber es tut gut, sie zu hören. Von unseren Versammlungen fährt man jedenfalls immer gestärkt nach Hause, nicht nur, weil das Essen schmeckt, sondern auch, weil es einfach passt unter Privatbauern. Die viel gepriesene Einheit des Berufsstandes kann da nicht locken. Einheitsfront hatten wir 40 Jahre, das reicht, pflegte Karsten zu sagen – und hat damit aus vielen Individualisten eine Bauernorganisation geformt, die sich in der Einstellung zum Leben und zur Landwirtschaft zumindest soweit einig ist, dass sie glaubwürdig und zielstrebig Agrarpolitik machen kann.

Genau das möchte ich heute den FREIEN BAUERN aus anderen Bundesländern zurufen: Die abgedroschene Parole „Gemeinsam sind wir stark“ führt nur zu Enttäuschungen, wenn man auf Krampf Gemeinsamkeiten herstellen will, die nicht bestehen. Lasst uns vielmehr alle die zusammenführen, die mit uns für eine aus vielen bäuerlichen Betrieben bestehende Agrarstruktur eintreten, für die Freiheit des Berufsstandes von wirtschaftlichen Abhängigkeiten und staatlicher Bevormundung. Und wenn wir in der berufspolitischen Arbeit gerade nicht recht vorankommen, lasst uns nach innen wirken: Indem wir mehr werden und besser werden und uns gegenseitig den Rücken stärken. Jeder bäuerliche Betrieb, der erfolgreich wirtschaftet, leistet Widerstand gegen die herrschende Politik. Dass landwirtschaftliche Produkte immer gebraucht werden, stimmt derzeit mindestens genauso wie damals, als mein Vater und ich den Hof gegründet haben. Lasst uns ruhig bleiben, die Zeit arbeitet für uns.

Euer Marco Hintze (Landessprecher der FREIEN BAUERN Brandenburg)

Stell Dir vor, es ist Agrarwende und keiner geht hin ...

Ziegenhagen hat Kultstatus, darüber waren sich alle einig nach dem zweiten Deutschlandtreffen der FREIEN BAUERN, wieder in dem kleinen Dorf zwischen Göttingen und Kassel. Knapp fünfzig Mitglieder, darunter fast alle unsere ehrenamtlich Aktiven, trafen sich dort am 20. Juni im gemütlichen Gasthaus „Zur Krone“, um die strategische Ausrichtung zu beraten. „Ratlos am radikalen Rand – was machen wir mit den Grünen?“ leitete Reinhard Jung die Debatte ein, und mit „Freie Fahrt für freie Bauern – wie weiter, wenn die Ampel



nicht funktioniert?“ führte Alfons Wolff die Diskussion fort. Hintergrund waren natürlich die erfolglos gebliebenen Bemühungen, mit der neuen Bundesregierung zusammenzuarbeiten und insbesondere da voranzukommen, wo es bisher mit den Grünen agrarpolitische Übereinstimmung gab. Schwierige Fragen, die konzentriert erörtert wurden mit hoffentlich guten Ergebnissen, bis dann zu späterer Stunde der gesellige Teil des Treffens begann ...

Der Kaffee am morgen danach

Die wichtigsten Ergebnisse von Ziegenhagen in Kürze: DIE FREIEN BAUERN werden sich strategisch breiter aufstellen. 1.) Unbequem bleiben – selbstverständlich führen wir weiter Gespräche, schreiben Stellungnahmen und Pressemitteilungen, aber wir investieren nicht mehr so viel Zeit in klassische Interessenvertretung, wenn sie auf so wenig Resonanz trifft. 2.) Überraschend angreifen – wir können keine Großdemonstrationen, aber gezielte Aktionen mit öffentlicher Wirkung, so wie nach der Bundestagswahl vor dem Willy-Brandt-Haus. 3.) Transformation blockieren – wir organisieren maximale Verweigerungshaltung gegen die falsche agrarpolitische Ausrichtung. Stell Dir vor, es ist Agrarwende und keiner geht hin!

FREIE BAUERN mit neuen Kräften an der Spitze

(24.06.2022) Thomas Frenk, Christian Linne und Jann-Harro Petersen verstärken die Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Das bisher fünfköpfige höchste Gremium der bäuerlichen Interessenorganisation wächst damit auf acht Landwirte, die alle aus verschiedenen Regionen Deutschlands stammen. „Wir freuen uns, dass wir drei sehr engagierte und kompetente Berufskollegen für diese Aufgabe gewinnen konnten und damit in der Spitze noch schlagkräftiger werden als bisher“, freut sich Bundessprecher Alfons Wolff, der die Erweiterung der Bundesvertretung nach Absprache mit deren weiteren Mitgliedern Marco Hintze, Peter Guhl, Ralf Ehrenberg und Georg Straller auf dem Deutschlandtreffen der FREIEN BAUERN in Ziegenhagen bekanntgab.

Thomas Frenk bewirtschaftet im badischen Nonnenweiler einen Milchvieh-Ackerbaubetrieb mit Direktvermarktung: „Wir sind die einzige Organisation, die konsequent nur für bäuerliche Familienbetriebe eintritt und nicht auch noch für Agrarholdings oder Solawi oder sonstwelchen Firlefan.“ Christian Linne bewirtschaftet im niedersächsischen Sottmar einen reinen Ackerbaubetrieb: „Wir wollen eine intensive bodenständige Landwirtschaft, aber keine Agrarindustrie, die am Tropf der Konzerne hängt – das ist ein Riesenunterschied zu den herkömmlichen Verbänden.“ Jann-Harro Petersen bewirtschaftet in Tating, Schleswig-Holstein, einen Milchviehbetrieb: „Mehr Wertschöpfung müssen wir uns gegen die Monopole im vor- und nachgelagerten Bereich erkämpfen, nicht mit blumigen Agrarwende-Phantasien, für die wir in auf unseren Höfen in Vorleistung gehen sollen.“

Die FREIEN BAUERN wurden nach den großen Bauernprotesten vor zweieinhalb Jahren als unabhängige Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe gegründet. Sie haben inzwischen 1380 Mitglieder sowie Landesverbände in Brandenburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg.

Die neuen Mitglieder unserer Bundesvertretung (von oben nach unten): Thomas Frenk aus Baden-Württemberg, Christian Linne aus Niedersachsen und Jann-Harro Petersen aus Schleswig-Holstein



Unsere Versuche, mit der neuen Bundesregierung konstruktiv zusammenzuarbeiten, sind im wesentlichen gescheitert. Auf das von uns als Antwort auf die aktuelle Versorgungskrise vorgeschlagene Konzept einer ökologischen Intensivierung der deutschen Landwirtschaft (Importstopp für Soja und Palmöl, Pflanzprogramm für 10.000 Kilometer Hecken und Baumreihen, Siedlungsprogramm für 1.000 Neugründer im Obst- und Gemüsebau, dafür Schluss mit allen Stilllegungen und Extensivierungen und ungerechtfertigten Auflagen bei Düngung, Pflanzenschutz und Tierhaltung) haben wir von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir keinerlei Reaktion erhalten. Auf unsere an dessen Parlamentarische Staatssekretärin Ophelia Nick herangetragenen Vorschläge, wenigstens alte grüne Forderungen zugunsten bäuerlicher Familienbetriebe zügig umzusetzen (Agrarstrukturelles Leitbild im Agrarbericht, Einbeziehung von Anteilserwerben an Agrarunternehmen in die Grunderwerbsteuer, Ausdehnung der Höfeordnung, Modernisierung der Milchlieferbeziehungen, Stabilisierung des Stallbauprivilegs durch Obergrenzen, Ausnahmeregelung zur Sanierung von BHV1-positiven Rinderherden, Ausschluss von Gentechnik und Laborfleisch), haben wir nichtssagende oder ausweichende Antworten erhalten, die von der Ministerialbürokratie diktiert waren. Es ist keine grüne Initiative mehr zu erkennen. Als Peter Guhl und Jann-Harro Petersen Nick beim Milchgespräch im September an den sehr guten Antrag der grünen Bundestagsfraktion vom Mai 2021 erinnerten, antwortete die Staatssekretärin, dass sie inzwischen durch ihren Referatsleiter Karl-Heinz Tholen (seit Jahrzehnten Handlanger des Bauernverbandes und der Milchindustrie) darüber aufgeklärt worden sei, dass Milchlieferverträge mit Menge und Preis zur Zeit europarechtlich gar nicht möglich seien. Diese totale Unglaublichkeit der grünen Agrarpolitik führt logischerweise dazu, dass wir uns mit deutlichen Wertungen gegenüber der Bundesregierung immer weniger zurückhalten.

FREIE BAUERN zum GAP-Kompromiss: Özdemir hat noch immer nicht verstanden, was Landwirtschaft ist

(09.08.2022) Die FREIEN BAUERN haben die inzwischen von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir zugestandene Aussetzung praxisferner Auflagen der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP begrüßt, das Zustandekommen des Bund-Länder-Kompromisses jedoch als absurde Hängepartie für die Bauern kritisiert. „Jedes kleinste Entgegenkommen musste dem Minister mühsam abgerungen werden, der offenbar noch immer nicht verstanden hat, was Landwirtschaft ist, nämlich die Produktion von Lebensmitteln durch Sonnenenergie, Bodenfruchtbarkeit und menschliche Arbeit“, sagte Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Verbiete man auf vier Prozent der Fläche die Bearbeitung des Bodens, so wirke sich das unmittelbar negativ auf die heimische Produktion von Lebensmitteln aus, erklärt der 58jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfheim: „Da kann man lange und klug schwätzen von multiplen Krisen – was in unserem reichen Land fehlt, wird auf dem Weltmarkt aus Ländern zugekauft, wo der Regenwald brennt, und es wird Ländern weggekauft, wo die Menschen hungern.“

Unter dem Eindruck der durch Ukrainekrieg und Sanktionen ausgelösten massiven Inflation werde auch in Deutschland ein Bewusstsein dafür wachsen, wie wichtig eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln ist, geben sich die FREIEN BAUERN optimistisch und fordern einen Paradigmenwechsel in der Agrarumweltpolitik. Jahrzehntelang hätten die Naturschutz-Lobbyisten einer satten Öffentlichkeit vorgegaukelt, die Zurückdrängung von Landwirtschaft zugunsten von Wildnis nütze der Umwelt, so Straller: „Jetzt zeigen sich die katastrophalen globalen Folgen dieser Traumtänzeri. Wir müssen weg von den großflächigen Verunkrautungen und Vernässungen, hin zu einem Biotopverbund in der Agrarlandschaft.“

In ihrem im Februar veröffentlichten Konzept einer ökologischen Intensivierung der deutschen Landwirtschaft hatten die FREIEN BAUERN der Bundesregierung unter anderem vorgeschlagen, 10.000 Kilometer neue Hecken und Baumreihen zu pflanzen. Diese würden vergleichsweise wenig Platz beanspruchen, über Erosionsschutz und Mikroklima aber die landwirtschaftlichen Erträge positiv beeinflussen. Straller: „Leider zeigt Herr Özdemir bislang überhaupt kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit denjenigen Bauern, denen Artenvielfalt nicht nur ein Geschäftsmodell, sondern ein ehrliches Anliegen ist.“

FREIE BAUERN zum Jahrestag: Bericht der Zukunftskommission gehört in die Versenkung



(06.07.2022) Ein Jahr nach der Übergabe des Abschlussberichts der Zukunftskommission Landwirtschaft an die Bundesregierung sehen sich die FREIEN BAUERN in ihrer Ablehnung bestätigt. „Die Experten haben offenkundig in die falsche Glaskugel geschaut“, sagte Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN mit Blick auf die durch den Ukrainekrieg ausgelöste Versorgungskrise: „Heute dient das Papier den faulen Politikern als Legitimation dafür, stur an ihren Plänen zur Reduzierung der inländischen Agrarproduktion festzuhalten.“ Die nach den Bauernprotesten 2019 von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingerichtete Kommission hatte der deutschen Landwirtschaft gigantische Umweltschäden unterstellt und daraus die Notwendigkeit einer staatlich gelenkten Transformation abgeleitet, kritisiert der 45jährige Milchviehhalter aus Tating in Schleswig-Holstein: „Diese wirklichkeitsfremde Herangehensweise führt zu Frust und Druck und Zukunftsangst auf den Höfen und sollte baldmöglichst in die Versenkung verschwinden.“

Landwirtschaft entwickle sich auch ohne politische Einflussnahme ständig weiter, ist Petersen überzeugt: „Wir machen zwar seit Jahrtausenden dasselbe, nämlich Lebensmittel zu erzeugen aus Sonnenergie, Bodenfruchtbarkeit und menschlicher Arbeit, aber selbstverständlich setzen wir dabei schon immer auf wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Neuerungen.“ Motor des Fortschritts sei deshalb kein vom Staat vorgegebenes Programm, sondern die Privatinitiative der Bäuerinnen und Bauern, erklärt Petersen: „Die Verbindung aus Eigentum und Arbeit auf unseren Betrieben begünstigt hohe Produktivität, nachhaltiges Denken und permanente Innovation aus der Praxis heraus.“ Nach Auffassung der FREIEN BAUERN müsse nicht die Landwirtschaft transformiert werden, sondern die Agrarpolitik müsse sich grundlegend ändern. Statt den Betrieben in die Produktion hineinzuregieren sollte der Staat für faire Rahmenbedingungen sorgen, so Petersen: „Wir brauchen eine Entflechtung der großen Lebensmittelketten, Schlachthöfe und Molkereien und ein

Verbot der Einfuhr von Agrarprodukten, die unterhalb unserer sozialen und ökologischen Standards erzeugt wurden.“ Zu diesen wirklichen Zukunftsfragen stehe allerdings im Abschlussbericht der Zukunftskommission nichts drin.

Dass der aktuelle Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir gegen die Ausbeutung der Bauern durch Importe und Monopole bisher keinerlei Schritte auch nur in Erwägung gezogen hat, allerdings nicht müde wird, sich auf die Empfehlungen der Zukunftskommission zu berufen, zeige die nach wie vor destruktive Wirkung dieses Dokuments, meinen die FREIEN BAUERN. Petersen: „Ich rufe Bauernverband, DLG, BDM, LSV und AbL auf, ihre Unterschrift unter dem Abschlussbericht zurückzuziehen und damit ein Zeichen zu setzen weg von Ideologien hin zu echter Nachhaltigkeit, mit der wir Bauern unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen.“

*Die Verbände, die den Abschlussbericht der Zukunftskommission unterschrieben haben, dürfen sich nicht wundern, wenn die Politik Ernst macht mit der Transformation. Hatten sie sich vorgestellt, **Transformation** bedeutet nur die Hand aufzuhalten und der Staat lässt es Geld regnen? Halbierung der Tierbestände, weitere Verschärfungen im Düngerecht und ein Komplettverbot von Pflanzenschutzmitteln in so genannten Schutzgebieten – das sind die Eckpfeiler der Transformation, an deren Ende eine deutlich reduzierte Erzeugung von Lebensmitteln stehen soll, die Platz macht für Agrarimport und Industrieexport. Als eine Karte der EU-Kommission zu den Schutzgebieten auftauchte, haben wir umgehend reagiert und auf den logischen Fehler dieser Überlegungen hingewiesen.*

FREIE BAUERN wehren sich gegen großflächige Verbotsplanungen der EU-Kommission

(31.07.2022) Die FREIEN BAUERN haben an Bundesregierung und Europaparlament appelliert, das von der EU-Kommission vorgelegte Naturschutzpaket abzulehnen. „Die stillschweigende Ausweisung riesiger Schutzgebiete, in denen nachträglich ein Bewirtschaftungsverbot nach dem anderen ausgesprochen wird, entwertet unser Eigentum, gefährdet unsere Ernährungssicherheit und konterkariert den Naturschutzgedanken“, sagte Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Nach den Plänen der Kommission soll auf etwa zwanzig Prozent der deutschen Agrarfläche konventionelle Landwirtschaft untersagt werden, die Erträge würden sich dort mindestens halbieren, befürchtet der 51jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Das bedeutet eine Ausdehnung des Ökolandbaus durch Zwang, nachdem deutlich absehbar ist, dass die ideologisch erwünschten Zuwächse am Markt nicht zu erzielen sind.“

Der Naturschutzgedanke sei vor mehr als hundert Jahren entstanden, um unberührte Natur vor unbedachter Zerstörung zu bewahren, keinesfalls ging es angesichts damaliger Hungersnöte darum, die Landwirtschaft zu beschränken, erinnert Ehrenberg: „Wenn die EU heute große Teile unserer Agrarlandschaft unter Schutz stellt und mit Verboten überzieht, könnte sie nach derselben Logik das Berliner Regierungsviertel als Schutzgebiet ausweisen, einen schlechten ökologischen Zustand feststellen und anfangen, die Gebäude abzureißen.“ Die bäuerliche Kulturlandschaft habe eine hohe Artenvielfalt hervorgebracht, sei aber kein Naturreservat, sondern die Existenzgrundlage von Familien und die Produktionsbasis für regionale Versorgung mit Lebensmitteln, argumentiert der Landwirt und plädiert für ein Nebeneinander von naturbelassenen Biotopen und intensiver Bewirtschaftung: „Das haben wir Jahrhunderte so gemacht, ohne dass es der Natur geschadet hätte.“

Wenn die EU-Kommission nun großflächige pauschale Einschränkungen plane, würde das Europamüdigkeit und Politikverdrossenheit im ländlichen Raum befördern, warnen die FREIEN BAUERN. Die Arroganz und Ignoranz, mit der aus den Brüsseler Beamtenstuben über die Interessen, Erfahrungen und Vorschläge der betroffenen Menschen hinweg regiert wird, schade nicht nur dem Naturschutz, sondern auch der europäischen Idee, meint Ehrenberg: „Der Holländer Frans Timmermanns sollte mittlerweile wissen, wohin es führt, wenn man die Bauern nicht ernst nimmt.“

Herr Özdemir, setzen Sie sich doch einfach zur Ruhe!

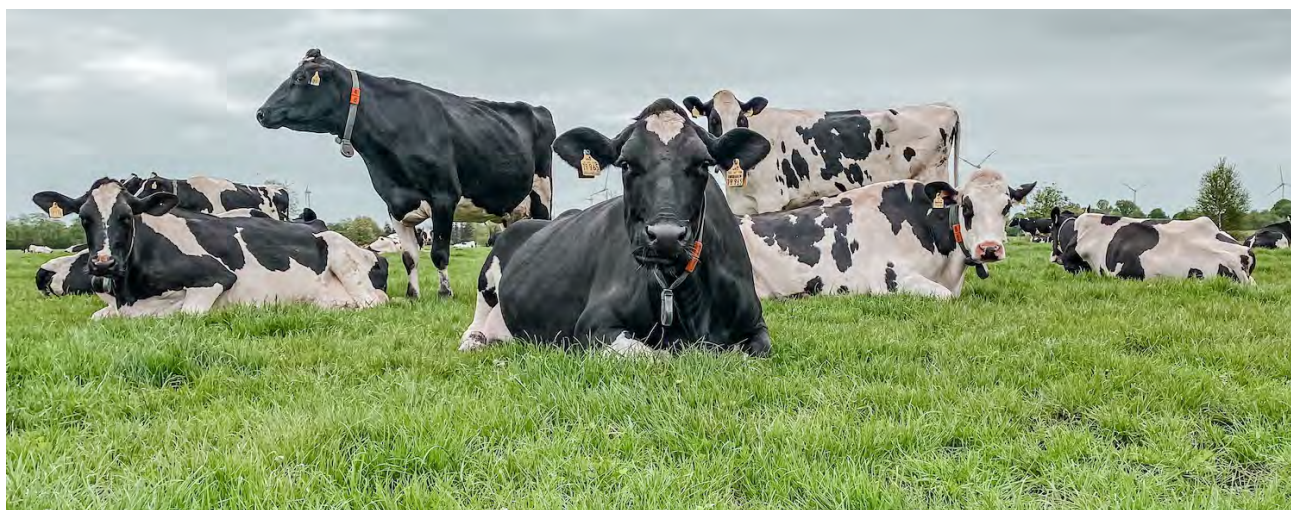
Hunger dürfe nicht als ein Argument für Abstriche bei Biodiversität oder Klimaschutz missbraucht werden, verkündete Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Ende August – das veranlasste Jann-Harro Petersen, Mitglied unserer Bundesvertretung, zu einer viel beachteten Entgegnung per Video. „Hunger ist das einzige Argument, um der Produktion von Nahrungsmitteln den Vorrang zu geben“, sagte er und bescheinigte Özdemir, der schlechteste Agrarminister in der Geschichte der Bundesrepublik zu sein – und das, obwohl die Erwartungshaltung nach Julia Klöckner schon nicht gerade hoch war. Özdemir habe bisher überhaupt nichts umgesetzt, so Petersen: „Die Agrarwende findet auf den Höfen nicht statt, sie existiert lediglich in Ihren politischen und medialen Sprechblasen.“ Nirgendwo hätten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die bäuerlichen Familienbetriebe verbessert, kritisiert er, weder durch eine Vertragspflicht bei den Milchlieferbeziehungen noch durch Einführung von Nachhaltigkeitskriterien für den Marktzugang in Europa: „Offensichtlich verwechseln Sie Nachhaltigkeit mit Scheinheiligkeit.“ Petersen hinterfragt das Menschenbild eines Ministers, für den Hunger nicht die höchste Relevanz hat, und fühlt sich an dunkle Zeiten erinnert: „Kann es sein, dass das einzelne Leben nichts zählt, wenn Sie nur Ihre Ideologie durchdrücken können?“ Cem Özdemir und die Landwirtschaft seien ein einziges großes Missverständnis, schließt er und empfiehlt dem Grünen-Politiker, den baden-württembergischen Ministerpräsidenten zu beerben oder ein Buch zu schreiben oder sich einfach zur Ruhe zu setzen. Petersen will Antworten auf die drängendsten Fragen, etwa wo der Dünger für das Getreide im nächsten Jahr herkommen soll oder wo die Folgenabschätzung für den Green Deal bleibt, und stellt fest, das von Özdemir nichts kommt: „So wird das nichts, Herr Özdemir. Beenden Sie das Missverständnis. Mit dem Essen spielt man nicht.“

*Dreh- und Angelpunkt der Transformation ist die von der Grünen angestrebte Halbierung der **Tierbestände**, weshalb wir dieses Thema auch zu einem Schwerpunkt unserer Aktivitäten gemacht haben. Dass damit weder positive Auswirkungen auf das Klima noch mehr Nahrungsmittel für die menschliche Ernährung verbunden wären, wollen wir genau so kommunizieren wie unser bäuerliches Selbstverständnis im Umgang mit den uns anvertrauten Geschöpfen – eine bodengebundene Tierhaltung ist unverzichtbar für natürliche Kreisläufe und für regionale Wertschöpfung. Jeder Hof zählt!*



FREIE BAUERN werfen Grünen Lebensmittelvernichtung vor

(22.07.2022) Die FREIEN BAUERN haben der grünen Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Silvia Bender vorgeworfen, durch tierhaltungsfeindliche Vorgaben Wohlstand und Sicherheit der gesamten Gesellschaft zu gefährden. „Die von Bender verkündete Zielmarke, unsere Nutztierbestände mittelfristig zu halbieren, ist volkswirtschaftlich falsch, ökologisch verheerend und kann zu Hunger und Elend auch in Deutschland führen“, sagte Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Würden die Grünen glaubwürdige Agrarpolitik machen, müssten sie sich für mehr bäuerliche Tierhaltung in vieharmen Regionen einsetzen und für eine Verringerung der Futtermittelimporte aus Übersee, meint der 49jährige Ackerbauer aus dem niedersächsischen Sottmar: „Keine von ihren alten Forderungen haben die Grünen bisher umgesetzt, statt dessen betreiben sie mit immer neuen sinnlosen Auflagen den flächendeckenden Rückgang der Tierproduktion und damit Lebensmittelvernichtung in immer größerem Ausmaß.“

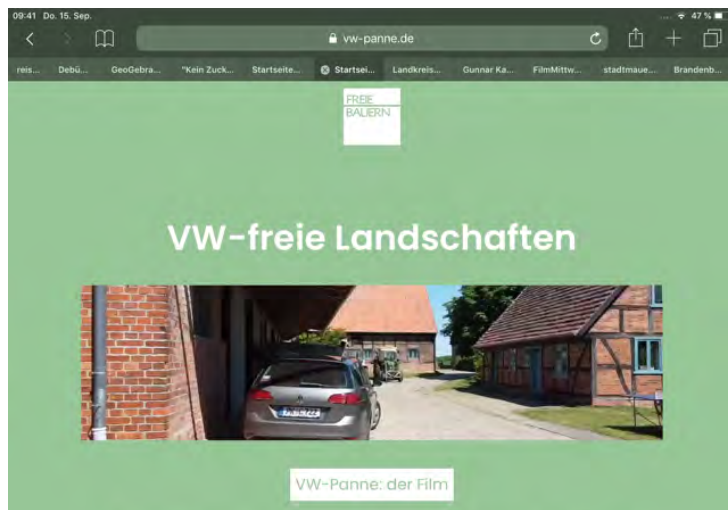


Sachverstand könnte sich Bender eigentlich im eigenen Haus holen, zum Beispiel durch Lektüre des aktuellen Futtermittelberichts der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft, nach dem Nutztiere in Deutschland zu rund 95 Prozent aus eigener Fläche ernährt werden. „Die importierten Futtermittel bestehen überwiegend aus gentechnisch verändertem Soja, das wir hier sowieso nicht haben wollen“, argumentiert Linne: „Soja ist relevant für die Eiweißversorgung. Würden wir es komplett durch heimische Eiweißfutterpflanzen ersetzen, folgen daraus erhebliche, ökologisch vorteilhafte Verschiebungen im Ackerbau mit dem Ergebnis, dass wir wahrscheinlich etwa 90 Prozent der Nutztiere aus eigener Fläche ernähren könnten.“ Diese würden aber bis zum letzten Kuhschwanz gebraucht, um das für den Menschen nicht verwertbare Gras, das in den Fruchtfolgen notwendige Ackerfutter sowie Reste aus der Lebensmittelverarbeitung in Fleisch, Milch und Eier zu verwandeln und dazu noch wertvollen organischen Dünger zu liefern, so Linne: „Was wir von diesen natürlichen Ressourcen durch Aufgabe der Tierhaltung verkommen lassen, müssen wir auf dem Weltmarkt zukaufen aus Ländern, wo Menschen hungern oder der Regenwald brennt. Genau darauf läuft grüne Agrarpolitik derzeit hinaus.“

Zwischen Bender und den FREIEN BAUERN liegen 40 Prozent der Nutztierbestände, aber für Linne ist es mehr: „Es ist die Kluft zwischen ideologischer Verbohrtheit und praktischem Verständnis, die es so schwierig macht.“ Von einem Politiker erwarte er kein detailliertes Fachwissen, aber die Bereitschaft, sich zumindest in groben Zügen auf die wichtigsten Fachthemen einzulassen. Das sei in dem grün geführten Bundeslandwirtschaftsministerium nicht ansatzweise zu erkennen, bedauert der Landwirt.

FREIE BAUERN gegen Autokonzern: VW-freie Landschaften!

(08.07.2022) Im April hatten die FREIEN BAUERN den VW-Konzern aufgefordert, sich für sein bauernfeindliches Marketing zu entschuldigen, jetzt wehrt sich die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe mit einer gezielten Kampagne. „Fleischfreie Kantine, milchfreies Stadion – VW steht heute leider für Veganer Wahnsinn. Wir stehen zu den Bauern und kaufen deshalb keinen VW mehr“, heißt es auf der soeben freigeschalteten Internetseite vw-panne.de, wo jeder unterzeichnen kann. „Wenn sich der zweitgrößte Autohersteller der Welt und Abgasbetrüger auf unsere Kosten profilieren möchte, muss er mit Konsequenzen rechnen“, sagte Cord Meyer, stellvertretender Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen, der auf seine Anfrage beim Konzern nur arrogante Ablehnung erfahren hat, und sieht in der Zukunft bereits VW-freie Landschaften: „Wir wollen mit der Kampagne unsere Mitglieder unterstützen und allen Freunden eine Plattform bieten, sich mit uns Bauern zu solidarisieren.“ Die Seite enthält auch Tipps für VW-Besitzer, die ihren



Wagen nicht gleich abstoßen können, sowie Informationen über bäuerliche Nutztierhaltung und ihre Bedeutung für natürliche Kreisläufe und regionale Wertschöpfung.

Liebe Mitglieder, unsere Kampagne läuft noch, ist aber „eingeschlafen“. Zu Beginn der Ernte war wohl nicht der optimale Zeitpunkt. Also jetzt nochmal alle auf vw-panne.de und Vollgas gegen den Autokonzern & den veganen Wahnsinn in unserer Gesellschaft!

FREIE BAUERN kritisieren agrarfeindliche Tendenzen in beiden großen Kirchen

(07.09.2022) Die FREIEN BAUERN haben den beiden großen christlichen Kirchen dringend geraten, sich in Landwirtschaftsfragen an Gottes Wort zu halten statt politische Propaganda zu verbreiten. „Die Beteiligung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg an einer Kampagne für vegane Ernährung sehen wir als Ausdruck geistlicher Verirrung ebenso wie die von der katholischen Hilfsorganisation Misereor gemeinsam mit Greenpeace gestartete Petition gegen Essen in Trog und Tank“, schreibt Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN, an die Ratsvorsitzende der EKD Annette Kurschus und den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Georg Bätzig. Wer in Ehrfurcht vor der Schöpfung Land bebaut und Tiere hält, erfülle zunächst einmal den Auftrag Gottes aus dem ersten Buch Mose und mache sich die Erde untertan, so der 61jährige Landwirt aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Angesichts gesellschaftlicher Anfeindungen brauchen unsere Bauernfamilien keine ideologische Belehrung durch die Kirchen, sondern theologischen Beistand.“

Wenn Jesus im Johannes-Evangelium sein Verhältnis zu den Menschen mit dem Verhältnis eines Nutztierhalters zu seinen Nutztieren vergleicht, so sei dies die höchste denkbare Rechtfertigung für genau diejenige bäuerliche Landwirtschaft, die in Deutschland ganz

überwiegend betrieben wird, argumentiert der Katholik Wolff: „Das Gleichnis vom guten Hirten und seinen Schafen lässt keinen Spielraum für vegane Interpretationen. Hirten haben sich zu Jesu Zeiten verantwortungsvoll um ihre Tiere gekümmert und damit durch Landnutzung Fleisch und Wolle erzeugt, Naturschutzgelder gab es damals nicht.“ Vom Psalm 23 bis zur Weihnachtsgeschichte sei die Bibel voll mit Allegorien, in denen Nutztierhaltung selbstverständlicher und hoch angesehener Bestandteil menschlicher Kultur ist, weshalb die FREIEN BAUERN sich gegen agrarfeindliche Tendenzen in den Kirchen entschieden verwahren. Wolff: „Dieses billige Anbieten an den Mainstream hat nichts mehr mit unserem christlichen Glauben zu tun.“

Eine gute Gelegenheit zu Besinnung und Umkehr könnte der Erntedanktag sein, regt Wolff in seinem Schreiben an und bietet Kurschus und Bätzig Zusammenarbeit an: „Am Erntedanktag danken wir für das tägliche Brot und nicht für irgendetwas Beliebigen. Dass genug zu Essen eine große Gnade ist, für die wir alle gemeinsam etwas tun müssen, sollte uns in diesen unsicheren Zeiten ganz besonders ins Bewusstsein rücken.“

*„Umwelt-Boss will Furz-Steuer für Kühe“ titelte die BILD am 7. August bundesweit auf die in einer Videobotschaft geäußerte Kritik von Jann-Harro Petersen (Bundesvertretung der FREIE BAUERN) am Vorschlag des Präsidenten des Umweltbundesamtes Dirk Messner, und zitiert ihn: „Steuern auf Kohle und Diesel kann ich ja noch nachvollziehen. Aber wenn **Messner** das Rülpsen und Pupsen von Rindern kostenpflichtig machen will, ist es nur ein kleiner Schritt, bis wir demnächst auch für unsere Atmung bezahlen müssen.“ Noch am selben Tag ruderte das Amt zurück, der Präsident habe lediglich einen Denkanstoß geben wollen. Schon am 21. August dann der nächste Tiefschlag: In einer als Wissensvermittlung getarnten ARD-Sendung rief der Kabarettist Eckart **von Hirschhausen** zum Verzicht auf Kuhmilch auf. „Patricia Schlesinger ist nur eine Randnotiz des Skandals, wenn Hirschhausen zur besten Sendezeit solche Lügen verbreiten darf“ schrieben wir daraufhin in unseren Presseverteiler: „Wir Landwirte stehen oft machtlos und frustriert vor der schieren Masse scheinwissenschaftlich aufbereiteter Horrormärchen über unseren Beruf.“ Thomas Frenk (Bundesvertretung der FREIEN BAUERN) lud alle Journalisten auf unsere Milchviehbetriebe ein, um sich ein realistisches Bild von der Milcherzeugung in Deutschland zu machen.*

FREIE BAUERN fordern zum Investitionsstopp auf: Agrarwende blockieren, bis das Kartenhaus zusammenfällt

(23.08.2022) Die FREIEN BAUERN haben ihren Mitgliedern angesichts der gegenwärtigen Diskussion über Tierwohlabgaben und Umbauprogramme empfohlen, alle Investitionen in die von der Bundesregierung gewünschte Agrarwende zu unterlassen. „Wir sollten unsere Ställe unterhalten, auch aus eigener Kraft noch verbessern, aber wir sollten keinen Cent in den geforderten Umbau der Tierhaltung investieren, egal mit wieviel Geld dieser gefördert wird“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. In Zeiten, wo das Bundeslandwirtschaftsministerium eine Halbierung der Nutztierbestände anstrebt, die ARD zum Milchverzicht aufruft und VW Fleisch aus der Betriebskantine verbannt, sollte man sich als Landwirt entspannen, den Betrieb mit vertretbaren Mitteln am laufen halten und abwarten, bis das Kartenhaus aus ideologischen Wahnvorstellungen in sich zusammenfällt, meint der 56jährige Milcherzeuger aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Wahrscheinlich müssen erst noch einige ins Gras beißen, bevor sie merken, dass man Gras nicht essen kann.“

Die weltweite Nahrungsmittelknappheit werde dazu führen, dass die Produktion von tierischem Eiweiß in Form von Fleisch, Milch und Eiern in regionalen natürlichen Kreisläufen ihren Kostenvorteil voll ausspielen kann, zeigt sich Guhl zuversichtlich und rät seinen Berufskollegen zu mehr Selbstbewusstsein: „Auch mit weiter optimiertem Einsatz von Biotechnologie, Energie und Chemie wird der vegane Fraß niemals so wirtschaftlich sein und schon gar nicht so lecker wie das, was wir auf unseren bäuerlichen Betrieben erzeugen.“

Die Empfehlung der FREIEN BAUERN sei nicht dahingehend zu verstehen, dass überhaupt kein Geld mehr in die Tierhaltung gesteckt werden sollte, schränkt Guhl ein: „Aber baut bitte nur, wovon Ihr als Bauern selbst überzeugt seid und lasst uns um Gottes Willen nicht das umsetzen, was die Gesellschaft angeblich von uns erwartet.“ Was gut für Nutztiere sei, wüssten diejenigen am besten, die jeden Tag mit den Nutztieren arbeiten, so der Landwirt, und das definitiv geringste Wissen darüber befinde sich in der Wilhelmstraße in Berlin.



Unsere Ställe halten noch lange ...

FREIE BAUERN: Niederländische Regierung verantwortungslos

(11.07.2022) Zu den anhaltenden Bauernprotesten in den Niederlanden nimmt der Bundessprecher der FREIEN BAUERN Alfons Wolff wie folgt Stellung: "Unsere niederländischen Berufskollegen kämpfen für die richtige Sache. Deshalb beteiligen sich viele unserer Mitglieder auch an Solidaritätsbekundungen im ganzen Land. Natürlich können wir von hier aus nicht jedes Detail der Probleme und Proteste beurteilen. Aber das Vorgehen der niederländischen Regierung gegen ihre Landwirtschaft halten wir für verantwortungslos und sehen darin eine Missachtung des bäuerlichen Berufsstandes, die in Zeiten weltweiter Lebensmittelknappheit zunehmend zur Gefahr für die gesamte Gesellschaft wird. Wir haben in Deutschland leider ganz ähnliche Tendenzen: Auch bei uns geht es schon lange nicht mehr um Nitrat im Grundwasser, sondern unsere leistungsfähige heimische Landwirtschaft steht den Exportinteressen der Industrie im Weg und das Großkapital will unsere wertvollen Äcker und Wiesen haben, am liebsten für wenig Geld. Mit angeblichen Umweltauflagen sollen wir mürbe gemacht werden. Jeder bäuerliche Familienbetrieb, der unter den gegenwärtigen agrarpolitischen Bedingungen solide weiter wirtschaftet, leistet Widerstand. Vor der Entschlossenheit und dem Durchhaltewillen der niederländischen Berufskollegen haben wir deshalb höchsten Respekt und wünschen ihnen von Herzen Erfolg!"

Solidarität mit den Niederlanden zeigten viele Berufskollegen in den vergangenen Monaten. Dass eine bedarfsgerechte Düngung auch bei uns nach wie vor politisch nicht gewollt ist und immer weiter reguliert werden soll, wird uns leider auch weiterhin beschäftigen, siehe folgende Seiten.



Unsere Strategie gegen die Düngeverordnung 2020



Im Zentrum der aktuellen Diskussionen steht seit langem die Ausweisung roter Gebiete. Aber Ihr wisst alle bestimmt noch, dass unser Mitglied Jens Soeken, unterstützt durch die LSV Ostfriesland UG, im Dezember 2020 eine Verfassungsbeschwerde gegen die Düngeverordnung als Ganzes eingereicht hat, für die viele Berufskollegen Geld gespendet hatten. Näheres dazu findet Ihr unter www.duengeklage.de. Da die Geschäftsführer der UG Jens Soeken, Sara Collmann und ich bei den FREIEN BAUERN Niedersachsen aktiv sind, lag die politische Vertretung unserer Aktion von vornherein bei den FREIEN BAUERN. Heute möchte ich Euch über den Stand unserer diesbezüglichen Aktivitäten informieren.

Keiner von uns hatte mehr damit gerechnet, dass das Bundesverfassungsgericht unsere Beschwerde 14 Monate nach Einreichung mit einem Dreizeiler absagt, ohne Angabe von Gründen. Im Frühjahr waren wir erstmal wie vor den Kopf geschlagen. Dennoch haben wir weiter gemacht und mit unserem Rechtsanwalt Dr. Konrad Asemissen eine Strategie ausgearbeitet, wie wir die Überlegungen der Verfassungsbeschwerde auf anderen Wegen doch noch zum juristischen Durchbruch bringen. Hierfür gehen wir jetzt drei Wege:

1. Da die Absage aus Karlsruhe keine inhaltliche Entscheidung ist, steht uns immer noch der (leider zeitaufwändige) Weg über die Verwaltungsgerichtsbarkeit offen. Inzwischen ist es uns gelungen, einen Betrieb zu finden, der versehentlich die 170-Kilo-N-Grenze überschritten hat. Es handelt sich um einen Milchviehbetrieb, der nicht im roten Gebiet wirtschaftet. Jetzt warten wir auf das Bußgeldverfahren, um dagegen zu klagen und damit doch noch eine Befassung beim höchsten deutschen Gericht zu erwirken.
2. Zeitgleich haben wir uns Gedanken über eine Feststellungsklage gemacht. Ein ähnlicher Vorstoß – mit anderer juristischer Begründung – ist gerade in Nordrhein-Westfalen unternommen worden. Sollte dieser vom Gericht angenommen werden, wollen wir den Inhalt der Verfassungsbeschwerde umwandeln in eine Feststellungsklage.
3. Außerdem haben wir versucht, unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz die Korrespondenz zwischen EU-Kommission, Bundeslandwirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium zur Düngeverordnung zu bekommen, um Licht in das Dunkel der immer wieder behaupteten europarechtlichen Erfordernisse zu bringen. Wir können uns nämlich nicht vorstellen, dass seitens der EU jemals gefordert wurde, die gesamte Fläche als gefährdetes Gebiet auszuweisen. Der LSV Ostfriesland UG hat das Bundesumweltministerium die Herausgabe verweigert, weil wir einen Prozess gegen die Bundesrepublik Deutschland führen, und hat sogleich eine Kanzlei mit der Vertretung seiner Interessen beauftragt. Unserem Rechtsanwalt hat das Bundesumweltministerium die Herausgabe ebenfalls verweigert – hierzu wird es allerdings in Kürze eine Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Köln geben. Wir hoffen, dass dort Recht gesprochen wird und dass wir dann die Unterlagen bekommen, deren Geheimhaltung offensichtlich von ganz großer Bedeutung zu sein scheint.

Ihr seht, wir lassen nicht locker, auch wenn die Rechtsmaterie komplex ist und unsere Gegner nichts unversucht lassen, um unsere berechtigten Ansprüche abzuwehren. Gemeinsam für unser Recht – für eine Landwirtschaft nach guter fachlicher Praxis!

Euer Fokko Schumann (Landessprecher der FREIEN BAUERN Niedersachsen)

Nachdem die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung roter Gebiete im Sommer durchgepeitscht wurde (wir hatten eine Frist zur Stellungnahme von nur einem Tag!), steht jetzt deren Umsetzung an. Hier gibt es im Detail Spielräume auf Länderebene, die genutzt werden sollten, um einerseits eine möglichst genaue Eingrenzung zu erreichen und andererseits Betriebe, die als Verursacher nicht in Frage kommen können, zu entlasten. Mit der in der neuen AVV ebenfalls vorgesehenen Anrechnung denitrifizierender Verhältnisse drohen allerdings erneut fachlich falsche Ausdehnungen der Gebiete. In diesem Kontext wird gerade die Grundwasserverordnung verändert – wir haben ausführlich Stellung genommen.

FREIE BAUERN: Grüne Minister erfinden Grundwasserprobleme, um Landwirtschaft zu reduzieren

(03.07.2022) Die FREIEN BAUERN haben sich entschieden gegen die vom Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und der Bundesumweltministerin Steffi Lemke geplante Ausdehnung der Düng-Auflagen in Gebiete ausgesprochen, wo überhaupt keine Überschreitungen der Nitratwerte im Grundwasser feststellbar sind. „Es ist absurd, durch Herausrechnen des natürlichen Nitratabbaus höhere Werte anzusetzen und damit Flächen, auf denen tatsächlich keine Belastungen vorliegen, dennoch als belastete Gebiete auszuweisen“, heißt es in einer Stellungnahme des niedersächsischen Landessprechers Fokko Schumann zum Referentenentwurf für eine Änderung der Grundwasserverordnung. Im Ergebnis läuft die geplante Novelle auf eine reduzierte Düngung und damit schlechtere Erträge für die betroffenen Betriebe hinaus, obwohl diese seit jeher umweltgerecht wirtschaften, kritisiert der 40jährige Landwirt aus dem ostfriesischen Berumbur: „Das ist pure Willkür, komplett unwissenschaftlich und aus unserer Sicht auch rechtlich nicht zu halten.“

Die Definition so genannter denitrifizierender Verhältnisse ist Teil einer Änderung der Ausweisungspraxis für belastete Gebiete nach Düngeverordnung, in denen die Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen um 20 Prozent unter Bedarf gesenkt werden soll. „Massive Kritik aus Brüssel und Klagen von Betroffenen zwingen dazu, künftig mehr und genauer zu messen“ erklärt Schumann den Hintergrund: „Weil zu erwarten ist, dass die Landwirtschaft dabei vielerorts entlastet wird, erfinden die grünen Minister jetzt neue Grundwasserprobleme, mit denen sie ihr Feindbild vom Bauern als Brunnenvergifter pflegen können.“ Es sei schon erklärungsbedürftig, weshalb eine aus der Umweltbewegung entstandene Partei ausgerechnet die natürliche Selbstreinigungskraft etwa von Moor- oder Auenböden zum Anlass nimmt, in sauberes Grundwasser eine ökologische Gefahr hineinzurechnen. Das eigentliche Umweltproblem sei eine grüne Agrarpolitik, die regionale Produktion behindert und Importe aus Übersee begünstigt, so Schumann: „Das wird uns alle noch teuer zu stehen kommen.“

Moor- und Auenböden sollen bei der Düngung benachteiligt werden



„Wenn man den bauerlichen Berufsstand immer wieder belügt und betrügt, brechen sich Wut und Verzweiflung irgendwann Bahn wie derzeit in Holland“, warnt der Dünge-Experte der FREIEN BAUERN. Man müsse nicht jede Form der Proteste dort begrüßen, aber angesichts der andauernden Missachtung durch die Regierenden sei es nur verständlich, dass viele Landwirte mit ihrer Geduld am Ende sind, auch in Deutschland, bedauert Schumann: „Sollten die Grünen mit ihren fiktiven Grundwasserproblemen durchkommen, ist das vielleicht der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Warum bemühen sich Özdemir und Lemke nicht einmal darum, die ökologischen Zusammenhänge zu verstehen, in denen Landwirtschaft stattfindet, und sprechen mit uns Praktikern über konstruktive Lösungen?“

FREIE BAUERN machen Front gegen Moorvernässung: Grünland und Rinder sind klimaneutral

(26.08.2022) Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben massiven Widerstand gegen die von Landwirtschaftsminister Axel Vogel im Rahmen des Klimaplanes geforderte Vernässung von 200.000 Hektar Moorböden angekündigt. „Moore sind wertvolles Grünland, das wir klimaneutral für unsere Rinder nutzen und das wir uns von niemandem wegnehmen lassen“, sagte Landesvorstand Hans-Jürgen Paulsen, Biolandwirt aus Zollchow in der Uckermark. Die FREIEN BAUERN rufen alle betroffenen Eigentümer auf, sich zu Interessengemeinschaften zusammenzuschließen und Sammelklagen vorzubereiten. Paulsen: „Im Gegensatz zu anderen Verbänden, die bereits über Entschädigung nachdenken, halten wir großflächige Vernässungen für ökologisch und ökonomisch falsch und werden unsere Existenzgrundlage nicht verkaufen.“

Bereits der Ansatz, Moorböden als CO₂-Senke zu entwickeln, damit bei anderswo fortgesetzter Verbrennung fossiler Rohstoffe unterm Strich trotzdem das Treibhausplanziel Null erreicht wird, sei eine Frechheit, erbot sich Paulsen: „Landwirtschaft dient dem Zweck, unsere Bevölkerung zu ernähren und nicht Regierungsbilanzen zu verschönern“. Für den 58jährigen Milchviehhalter, der selber Moor bewirtschaftet, ist die CO₂-Senke genauso ideologischer Unsinn wie der zu DDR-Zeiten unternommene Versuch, Moorböden zu ackern. Paulsen: „Moor braucht eine geschlossene Grasnarbe mit gleichmäßigem Grundwasserstand 30 bis 60 Zentimeter darunter, dann wächst dort wunderbares Futter, und für die Natur bleiben genug nasse Ecken übrig.“ Auf diese Weise würden die ausgedehnten märkischen Moorlandschaften bereits seit Friedrich dem Großen bewirtschaftet, ohne dass es dem Klima geschadet hätte, argumentieren die FREIEN BAUERN. Wenn aber demnächst knapp 15 Prozent der Agrarfläche Brandenburgs unter Wasser gesetzt werden sollen, müssten riesige Mengen an Lebensmitteln von weither importiert werden, zum Beispiel aus dem brasilianischen Regenwald, rechnet Paulsen vor: „Wie passt das mit Vogels Vorliebe für regionale Produkte zusammen?“

Auf einer Informationsveranstaltung in seiner Region hat Paulsen gerade erst erlebt, dass kein Eigentümer seine Flächen freiwillig hergeben wird. Soll der Klimaplan etwa zwangsweise Enteignungen vorbereiten, so wie bisher die Braunkohlepläne, fragt sich der FREIE-BAUERN-Vorstand: „Wir haben vor zehn Jahren mit Vogel gemeinsam gegen die Abbaggerung von Dörfern in der Lausitz gekämpft – der Minister weiß also, was jemanden erwartet, der märkische Bauern von ihrem Grund und Boden vertreiben will.“ Nachdem die öffentliche Beteiligung zum Klimaplan bisher eine Farce war, sollte die Landesregierung jetzt dringend den Dialog mit der Landwirtschaft suchen, wenn ihr noch an konstruktiven Ergebnissen gelegen sei.

Sowohl in Niedersachsen als auch in Brandenburg arbeiten wir – mit unterschiedlichen Strategien – daran, eine Vernässung von Mooren zu verhindern. Mehr dazu im nächsten Rundbrief. Hier erstmal noch ein paar weitere Nachrichten aus dem letzten Vierteljahr.

FREIE BAUERN vor Gericht: Tierhalter sollen sich gegen Wölfe bewaffnen dürfen

(29.08.2022) Die FREIEN BAUERN unterstützen die für den 6. September vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg angesetzte Klage ihres Mitglieds Wendelin Schmücker, die darauf abzielt, dass der Schäfer seine Schafe künftig mit dem Gewehr gegen Wolfsangriffe verteidigen darf. „Die waffenrechtliche Erlaubnis für eine solche Notwehr ist sicher eine Notlösung, aber die einzige funktionierende Antwort darauf, dass unsere friedlichen Weidetiere derzeit dem Raubtier hilflos ausgeliefert sind“, sagte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Nachdem wir festgestellt haben, dass alle empfohlenen Herdenschutzmaßnahmen in der Praxis nichts taugen, bleibt nur die Selbstverteidigung.“ So lange das Bundesumweltministerium die reguläre Jagd auf Wölfe strikt verbietet, habe jeder Landwirt zumindest das moralische Recht, seine Tiere mit der Waffe zu schützen, meint der 50jährige Mutterkuhhalter aus dem brandenburgischen Havelland und hofft darauf, dass das Gericht dem Kläger in dieser Frage nun auch juristisch Recht gibt.



Schafe bei Osnabrück nach einem Wolfsangriff diesen Sommer

Schmückers Schafherde war in der Vergangenheit mehrfach Opfer von Wolfsangriffen geworden – trotz vorschriftsmäßiger Zäunung haben die Raubtiere mittlerweile mehr als 50 seiner Schafe gerissen. Die Folgeschäden solcher Attacken seien oft schwer wiegender als die Verluste selber, berichtet der Schäfer. Noch Monate danach würden die Tiere unruhig hin und her laufen, sich nicht hüten lassen

oder ausbrechen, die Milchleistung und damit die Gewichtszunahme der Lämmer sinke, und es treten vermehrt Totgeburten auf. „Auch für den Tierhalter und seine Familie ist ein Wolfsangriff traumatisierend“, weiß Hintze inzwischen aus vielen Berichten. Würde das Gericht die zuständige Stadt Winsen dazu zwingen, Schmücker die waffenrechtliche Erlaubnis zu erteilen, wäre das aus Sicht der FREIEN BAUERN ein starkes Signal an die Politik, endlich den Weg für eine Dezimierung der Wolfsbestände freizumachen. Hintze: „In Schweden wird die Zahl der Wölfe gerade von 400 auf 200 halbiert, im kleineren und dichter besiedelten Deutschland haben wir inzwischen doppelt so viele Wölfe – wo soll das noch hinführen?“

Die FREIEN BAUERN treten seit langem dafür ein, durch Anpassung des Naturschutzrechts mindestens den jährlichen Populationszuwachs zu entnehmen. Nur durch konsequente Bejagung würden Wölfe ihre natürliche Scheu zurückerlangen, die Voraussetzung für ein Zusammenleben mit Mensch und Weidetier in der Kulturlandschaft ist, argumentiert Hintze.

FREIE BAUERN zum Freispruch von Jann-Henning Dircks

(16.09.2022) Die FREIEN BAUERN haben sich erleichtert über den Freispruch ihres Mitglieds Jann-Henning Dircks durch das Amtsgericht Husum gezeigt. „Das Video von Jann-Henning war keine Aufforderung zu einer Straftat, sondern ein Ausdruck von Notwehr“, sagte Thomas Tiedemann-Hein, Ansprechpartner der FREIEN BAUERN in Schleswig-Holstein, der selbst an der Konfrontation am 2. November 2020 vor dem Schlachthof Kellinghusen teilgenommen hatte. „Viele Schlachthöfe waren damals coronabedingt geschlossen, die Schweine stauten sich in den Ställen, uns liefen die Kosten davon, vom Stress der Tiere in den immer engeren Buchten ganz zu schweigen“, erinnert sich der 56jährige Landwirt aus Hohenfelde im Kreis Steinburg: „Als wir dann hörten, dass selbsternannte Tierschützer die Einfahrt eines noch funktionierenden Schlachthofs blockierten, wollte auch ich ein Zeichen setzen, dass wir uns das nicht mehr gefallen lassen.“ Die Anklage der Staatsanwaltschaft Flensburg gegen Dircks hätte viele schleswig-holsteinische Bauern völlig überrascht und sei als politisch motivierter Einschüchterungsversuch gegen einen engagierten Berufskollegen wahrgenommen worden.

Als absurd und geradezu böswillig bezeichnete Tiedemann-Hein die Interpretation der Anklage, das von Dircks empfohlene Mitbringen von Vorschlaghammer, Akkuflex und Bolzenschneider sei als Aufruf zur Gewalt gegen Menschen zu werten: „Wenn überhaupt, dann wären diese Werkzeuge ja wohl gegen Ketten und Beton zum Einsatz gekommen, mit denen die Tierschutz-Aktivisten den Schlachthof stilllegen und damit unsere bäuerlichen Betriebe schädigen wollten.“ Dass man Menschen, die durch ihre Blockade bereits eine Straftat begehen, an der Fortsetzung dieser Straftat hindere, ist nach Auffassung der FREIEN BAUERN keine Straftat und die Aufforderung dazu erst recht nicht. Tiedemann-Hein: „Die Argumentation der Staatsanwaltschaft hat die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt, indem statt der Blockierer einer von uns Bauern kriminalisiert wurde. Dieser Fehlgriff ist mit dem heutigen Urteil glücklicherweise vom Tisch.“



Engagiert für unsere Sache: Jann-Henning bei seinem Video im November 2020

FREIE BAUERN widersprechen: Die Energiewende ist nicht gescheitert

(04.08.2022) Die FREIEN BAUERN weisen aktuelle Überlegungen für eine Neuausrichtung der Energiepolitik auf Atomkraft und Braunkohle entschieden zurück. „Die Energiewende ist nicht gescheitert, sondern sie hat unsere Volkswirtschaft deutlich unabhängiger und umweltfreundlicher gemacht, auch durch das Engagement vieler Agrarbetriebe“, stellte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN, klar: „Problematisch sind allerdings die fehlende Integration der erneuerbaren Energien in die Stromversorgung und der nach wie vor steigende Strombedarf.“ Insofern sei es eher angebracht, von Staatsversagen bei der Umsetzung der Energiewende zu sprechen, meint der 50jährige Landwirt aus dem brandenburgischen Krielow. Der Bauernbund Brandenburg, aus dem die FREIEN BAUERN vor zweieinhalb Jahren hervorgegangen sind, hatte jahrzehntelang und letztlich erfolgreich gegen die Abbaggerung märkischer Dörfer durch neue Braunkohle-Tagebaue gekämpft.

Für die Umsetzung der Energiewende sei es dringend erforderlich, dezentrale Reservekraftwerke auf Gasbasis zu bauen, die sich flexibel hoch- und runterregeln lassen, um die Schwankungen bei Wind und Sonne auszugleichen, mahnt Hintze: „Das Vorhalten solcher Kapazitäten hätte von vornherein in die Förderung der erneuerbaren Energien eingepreist werden müssen.“ Unverständlich sind den FREIEN BAUERN auch die aktuellen Debatten über das Energiesparen: „So lange in Deutschland Laubsauger laufen und Ferienflieger abheben, brauchen wir doch nicht über die Zimmertemperatur zu streiten. Keiner darf hungern oder frieren.“ Statt dessen sollte infrage gestellt werden, ob die extrem energieaufwändige Digitalisierung aller Lebensbereiche tatsächlich erstrebenswert sei. Hintze: „Künstliche Muskelkraft lasse ich mir zur Erleichterung der Arbeit gern gefallen, aber künstliche Intelligenz brauche ich persönlich nicht, weil ich mit den Herausforderungen des Lebens bisher auch so ganz gut klarkomme.“

Die gegenwärtigen Angriffe auf die Energiewende muten geradezu grotesk an vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung kompromisslos an einer völlig sinnlosen Agrarwende festhalte, wundert sich der Bauernvertreter: „Unsere Landwirtschaft – mittelständisch, nachhaltig und krisenfest – soll aus ideologischen Gründen komplett umgekrempelt werden, gleichzeitig denkt man staatsmännisch darüber nach, die Energieversorgung wieder auf Raubbau und Giftmüll umzustellen. Das sind doch Abgründe an Unglaublichkeit.“

In eigener Sache: Rechtzeitig an Weihnachten denken

Momentan haben wir 1.390 Mitglieder – da ist noch Luft nach oben. Wer einen Berufskollegen für die FREIEN BAUERN gewinnen möchte, kann uns die **Kontaktdaten** durchgeben, dann senden wir in Eurem Auftrag die drei letzten Rundbriefe an die Adresse und rufen an. Pro Betrieb können übrigens bis zu drei Personen Mitglieder sein (für denselben Beitrag). Wer z. B. möchte, dass Altenteiler, Ehefrau oder Hofnachfolger künftig auch unsere Informationen erhalten, kann uns jederzeit die Kontaktdaten durchgeben, dann rufen wir an und nehmen sie auf. Bitte per Mail an reinhard.jung@freiebauern.de.

Viele Mitglieder nutzen **WhatsApp** inzwischen mehr als Mail. Deshalb haben wir jetzt eine WhatsApp-Gruppe eingerichtet, die wir parallel zum Mailverteiler mit Informationen versorgen. So erreichen Euch die Informationen schneller und Ihr könnt sie bequemer weiterleiten, etwa für die Mitgliederwerbung. Wer in diese Gruppe hinzugefügt werden möchte, bitte per Mail mit Handynummer an frieda.simon@freiebauern.de. Folgen kann man uns mittlerweile auch auf Facebook (@freiebauern) und Twitter (@FBauern).

Für unsere Öffentlichkeitsarbeit brauchen wir ständig frische **Bilder** aus der Landwirtschaft zu möglichst vielen unterschiedlichen Themen. Um auch zukünftig aus dem Vollen schöpfen zu können, haben wir uns einen Vorrat angelegt und systematisiert, den wir permanent erweitern. Wer hierzu etwas beisteuern möchte, darf uns gern eine Auswahl von schönen Fotos des eigenen Betriebes oder aus der aktuellen Arbeit zusenden, wieder per Mail an frieda.simon@freiebauern.de. Wir freuen uns auf viele Zusendungen.

Und dann steht **Weihnachten** wie immer schneller vor der Tür als man denkt. Schaut mal wieder unter freiebauern.de/fanshop: Dort gibt es mit dem FREIE-BAUERN-Logo nicht nur Fahnen, Banner und Treckerschilder für die Demo, sondern ganz neu auch Kappen, Westen und Hemden von EngelbertStrauss in allen Größen, vielleicht ein schönes Geschenk. Oder Ihr schenkt einem befreundeten Berufskollegen einen Gutschein für die Mitgliedschaft 2023 bei den FREIEN BAUERN. Wetten, der ist 2024 auch noch dabei?

Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.
Gern per Post an: FREIE BAUERN, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort:

Unterschrift: